

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(20. Sitzung am 12. Februar 2014)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Beschränkung der anlassunabhängigen Vorratsdatenspeicherung**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/571](#)

Der Ausschuss ließ sich durch das Ministerium für Inneres und Sport und das Justizministerium über den Sachstand unterrichten. Er kam überein, die Beratung des Antrages fortzusetzen, wenn der Europäische Gerichtshof über die Rechtssachen C-293/12 und C-594/12 entschieden hat.

2. **Unterrichtung durch das Justizministerium über aktuelle Überlegungen zur Organisation des niedersächsischen Justizvollzugs** (Fortsetzung der Unterrichtung aus der 18. Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen am 15. Januar 2014)

Der Ausschuss setzte die Unterrichtung fort und führte darüber eine Aussprache.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Wohnmissständen und zur Wahrung der Einheitlichkeit von Mindestanforderungen in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/448](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU stimmte der Ausschuss der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration zu, den Gesetzentwurf abzulehnen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zwischen den Ländern Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1068](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration votierte er einstimmig dafür, den Gesetzentwurf anzunehmen, zugleich jedoch die Landesregierung zu bitten, mit den beteiligten Ländern eine Nebenabrede zu dem Abkommen zu vereinbaren, die die Wahrnehmung der Einwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten des Landtages, des Landesrechnungshofes und des Landesbeauftragten für den Datenschutz sicherstellt.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

5. **Unterrichtung durch das Justizministerium über den Stand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gegen einen Zahnarzt aus Hannover**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte fünf Eingaben.